



Heiße Feier im Kesselhaus

> LINKE wurde bei Bundestagswahl stärkste Partei in Pankow

Nein, ich wollte nicht auf die Bühne in der Kulturbrauerei, noch nicht. Schließlich waren erst 65 Prozent der Pankower Erststimmen ausgezählt worden und mein Vorsprung erschien mir mit vier Prozent sehr gering. Eine gute halbe Stunde später gab ich dann doch dem Drängen nach. Lange rechnete ich mit einem Kopf-an-Kopf-Rennen mit SPD, Grünen und CDU. Dass ich so klar gewonnen habe, ist

ein toller Erfolg. Ich gebe zu, darauf bin ich auch persönlich ganz schön stolz.

Insgesamt haben mir 48.914 Wählerinnen und Wähler in Pankow, Weißensee und Prenzlauer Berg ihre Stimme gegeben (28,3 Prozent), das sind 1.844 mehr als vor vier Jahren. Ich bin damit der Einzige unserer Partei, der in seinem Wahlkreis gewonnen und zugleich auch noch bei der Stimmenanzahl zugelegt hat. Auch bei den Zweitstimmen haben wir in Pankow gut abgeschnitten. Trotz leichten Verlusten wurde DIE LINKE mit 25,2 Prozent stärkste Partei, vor der CDU (23,5 Prozent).

Bemerkenswert war ein Ergebnis vom Kollwitzplatz. Im Wahllokal Knaackstraße 63 gewann die LINKE 24 Prozent der Stimmen vor SPD und Grüne mit jeweils 22,4 Prozent. Und ich bekam dort 27,3 Prozent vor dem Zweitplatzierten Andreas Otto (Grüne) mit 24,1 Prozent. Wer kämpft, kann verlieren. Oder gewinnen.

Doch gekämpft habe ich nicht allein. Im Gegenteil, die Unterstützung, die ich erfahren habe, war einzigartig.

Schwerpunktthema

> Lizenz zur Mietpreistreiberei
... weiter auf Seite 3

> Flüchtlinge herzlich willkommen
... weiter auf Seite 4

> BVV-Sonderausschuss zum Belforter Karree
... weiter auf Seite 5

> Malen nach Zahlen
... weiter auf Seite 6

> Richtig erkannt, Herr Oberbademeister!
... weiter auf Seite 7

Deshalb möchte ich mich für diesen grandiosen Wahlsieg ganz herzlich bei den vielen Helferinnen und Helfern bedanken. Ohne dieses Engagement wäre so ein Ergebnis nicht möglich gewesen.

Welche Aufgabe mir in der neuen Fraktion zu teil werden wird, steht noch nicht fest, aber ich verspreche, an jeder Stelle mein Bestes zu geben.

Stefan Liebich
Mitglied des Bundestages

DIE LINKE. Bezirksverband Pankow

Fennstraße 2, 13347 Berlin
(S Wedding / U Reinickendorfer Str.)

Tel.: 030 440 17 780

Fax: 030 440 17 781

bezirk@die-linke-pankow.de

Linksfraktion in der BVV Pankow

Bezirksamt

Fröbelstr. 17, Haus 7, Raum 109

Tel: 030 42 02 08 73

Fax: 030 42 02 08 74

kontakt@linksfraktion-pankow.de

➤ Frauenprojekte

Die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow stimmte, mit Ausnahme der CDU-Fraktion, einem Antrag der Linksfraktion zu, der sich gegen die geplante Streichung von drei senatsgeförderten Stellen bei Fraueninfrastrukturprojekten im Bezirk richtet.

➤ Equal Pay

Die BVV hat in ihrem Haushaltsbeschluss 2014/15 mit der Aufstockung der Mittel für die bezirklich geförderten Frauenprojekte – nach jahrelangem Stillstand – einer tariflichen Bezahlung der Projektmitarbeiterinnen zugestimmt.

➤ Kunst

Der Antrag der Linksfraktion, mit dem das Bezirksamt aufgefordert wird, Mittel für die Pflege von Kunst im öffentlichen Raum einzusetzen, wurde in der BVV beschlossen.

➤ Fairer Handel

Pankow bewirbt sich um den Titel „Fair-trade-Town“. Die BVV fasste diesen Beschluss und bat das Bezirksamt, eine Steuerungsgruppe zu bilden, die Aktionen rund um nachhaltig hergestellte Erzeugnisse und den fairen Handel in Pankow initiieren soll.

➤ Soziale Stadt

Die Linksfraktion der BVV hat einen Debattenbeitrag zum Stadtentwicklungsplan des Senats „Wohnen in Berlin“ erarbeitet und zur Diskussion gestellt: „Stadt ist mehr als Wohnen“ – Berlin steht jetzt vor der Entscheidung, ob es nur Ort eines Booms, Objekt einer Spekulation in die Wertschöpfung der kommenden Jahre sein will, oder ob sich die Stadt aufmacht, gesamtgesellschaftliche Anstrengungen zu unternehmen, die allen dienen.

Einladung BVV-Sitzung

am 18. November

➤ 19. Tagung der BVV Pankow

17:30 Uhr, wie immer im BVV Saal in der Fröbelstraße 17

Unaufgeregert und solidarisch

➤ BVV-Pankow erklärt sich solidarisch mit Flüchtlingen

Es war ein gutes Zeichen nach der nun vergangenen Wahlkampfphase, dass die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) auf ihrer 17. Tagung am 25. September mit parteiübergreifender Mehrheit eine Solidaritätsresolution mit Schutzsuchenden aus Krisen- und Kriegsgebieten verabschiedete.

Lösung von bezirklichen Problemen von Entscheidungen des Berliner Senats bzw. des Abgeordnetenhauses abhängig sind.

So ist auch eine Reihe von Anträgen der Linksfraktion, die die Zustimmung der BVV fanden, nicht alleinig durch den Bezirk umzusetzen. Das betrifft



Bucher Bürgerhaus

Die Resolution war von den Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der LINKEN und der Piraten eingebracht worden.

Mit diesem erneuten Bekenntnis zu einem toleranten, weltoffenen und auch solidarischen Pankow ermutigen die Bezirksverordneten all jene Bürgerinnen und Bürger, die sich bereits jetzt um eine Willkommenskultur für Flüchtlinge und Flüchtlingsfamilien in unserem Bezirk bemühen. Die Flüchtlinge sollen ab Dezember in der Mühlenstraße 33 endlich eine sichere Heimstatt in Pankow finden, die sie vor Verfolgung und Gewalt schützt. Ich hoffe sehr, dass es nicht allein bei dieser Resolution bleibt, sondern auch kommunale Ressourcen für das bürgerschaftliche Miteinander und Engagement genutzt werden.

Was mir bei dieser ansonsten recht unaufgeregten, eher „normalen“ BVV-Sitzung auffiel, ist, wie oft wir bei der

zum Beispiel die Forderung nach Aufstockung von Stellen für die Kontrolle des demnächst in Kraft tretenden Zweckentfremdungsverbot. Mit diesem Verbot soll Wohnraum erhalten und der Umwandlung von Wohn- in Gewerberaum und Ferienwohnungen entgegengewirkt werden. Der Bezirk soll zudem Mietwucher als Straftat verfolgen, auch hierfür fehlt das notwendige Personal. Und es betrifft auch die Forderung nach Erhaltung der Fraueninfrastrukturstellen für die Projekte im Bezirk, ohne die beispielsweise das Projekt BerTa (Beruf und Tat) in Buch seine Berufsberatung für Frauen einstellen müsste.



Aber dafür gibt es ja auch noch unsere Fraktion im Abgeordnetenhaus.

Helga Adler
Bezirksverordnete

Pilotvertrag

> Lizenz zur Mietpreistreiberei

Im August haben das Bezirksamt Pankow und die Gesobau einen „Pilotvertrag“ für eine sozialverträgliche Durchführung der Modernisierung des Hauses Pestalozzistraße 4 abgeschlossen. Dem waren Proteste von Mietern mehrerer Häuser und zähe erfolglose Verhandlungen zwischen Bezirksamt, Gesobau und Vertretern des Pankower Mieterprotestes über eine Rahmenvereinbarung für alle Gesobau-

Zwar enthält der Vertrag auch soziale Härtefallregelungen, die bei Transferleistungsempfänger die Mieten auf der Höhe der Regelsätze und bei Haushalten mit niedrigem Einkommen bei 30 Prozent des Haushaltsnettoeinkommens kappen sollen. Aber die Gewährung dieser Härtefallregelung wird an sehr rigide Bedingungen geknüpft, so dass viele Mieterhaushalte diese nicht in Anspruch nehmen werden können.



Gesobau im Stiftsweg 1

Modernisierungsvorhaben in Pankow vorausgegangen. Mit dem „Pilotvertrag“ und der Modernisierung eines Hauses sollte ein Vorbild für alle geschaffen werden. Doch der Pilot machte eine Bruchlandung.

Kaum eine Forderung der Mieter und der BVV wurde erfüllt: Der Vertrag enthält keine Deckelung der Miete nach Modernisierung bei 5,50 Euro oder Mietspiegelmittelwert, keinen Ausschluss von Folgemietserhöhung für drei Jahre, keinen Vorrang der Instandhaltung, keine Begrenzung des Maßnahmenumfangs auf das Erforderliche, keinen Anspruch auf Umsetzwohnungen während der Bauarbeiten und keinen Schutz genehmigter mieter eigener Ausstattungen.

Stattdessen werden „Zielmieten“ nach Sanierung oberhalb der Mietspiegeloberwerte für Bestands- und Neuverträge als Standard vereinbart.

SPD und Grüne haben versucht, diesen Vertragsabschluss als Erfolg zu verkaufen. Nach scharfer Kritik der LINKEN und der Mieter haben sie einen Antrag nachgeschoben, der Nachbesserungen beim „Bündnis für soziale Wohnungspolitik und bezahlbare Mieten“ zwischen dem Land Berlin und den städtischen Wohnungsbaugesellschaften fordert. Aber SPD und Grüne verweigern die Verantwortung für dieses von ihnen in Pankow angerichtete wohnungs- und mietenpolitische Desaster. Die soziale, mietpreisdämpfende Aufgabe der städtischen Unternehmen wird de facto aufgegeben. Im Ergebnis ist dieser Vertrag eine Lizenz



zur Mietpreistreiberei für eine städtische Wohnungsbaugesellschaft.

Michail Nelken
Bezirksverordneter

Abgabe des Kulturareals im Ernst-Thälmann-Park

> Ohne Einsparungen und Nutzen für Pankow



Mit dem Pankower Haushaltsbeschluss 2012/2013 wurde mit der Mehrheit der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen die Abgabe des Kulturareals in die Treuhandschaft der Gesellschaft für Stadtentwicklung (GSE) beschlossen. Erklärtes Ziel war die Stärkung des Kulturbetriebs vor Ort durch eine Einsparung der Bewirtschaftungs- und „budgetunwirksamen“ Kosten.

Im Rahmen der Verhandlungen für den Haushalt 2014/2015 wurde nun durch das Bezirksamt mitgeteilt, dass in den nächsten Jahren sogar Mehrkosten auf den Bezirk zukommen. Dies steht im Widerspruch zu früheren Aussagen des Bezirksamtes und stieß bei Piraten und LINKEN auf Kritik.

Matthias Zarbock, kulturpolitischer Sprecher der Linksfraktion Pankow sagt dazu: „Der Bezirk will und soll im Thälmann-Park weiterhin kulturelle Einrichtungen betreiben. Wenn dem Bezirk aber nach einer Übergabe des Kulturareals an die GSE höhere Kosten als derzeit entstehen, dann ist das kaum zu rechtfertigen. Die ursprüngliche Absicht, durch die Abgabe mehr Geld für den Kulturbetrieb einsetzen zu können, hat sich damit in Luft aufgelöst. Wir wollen den Erhalt dieses wichtigen Kulturstandortes, keine Luftbuchungen. Das Bezirksamt und die GSE sind gefordert, jetzt endlich und präzise nachzuweisen, dass sich die Übertragung lohnt. Dazu gehört auch die Frage, ob die GSE die schrittweise Sanierung des Areals realisieren kann.“

Matthias Zarbock
Bezirksverordneter

Willkommen

> Neues Asylbewerber- und Flüchtlingsheim in Pankow

Sie kommen u.a. aus Syrien, Afghanistan, Irak und Iran: Bis zu 220 Menschen, die in Not sind, weil Krieg, Elend und andere Krisen auf dieser Welt ihnen die Möglichkeit auf ein gutes Leben in ihrer Heimat genommen haben. Ab kommenden Dezember werden Flüchtlinge und Asylbewerber in ein ehemaliges Bürogebäude in der Mühlenstraße 33/34 in Pankow einziehen. Die Problemlagen in ihren Herkunftsländern werden durch die Haltungen und das Handeln der hiesigen Wirtschaft und Politik mitbestimmt. Diesen Umstand sollten wir bedenken, wenn wir Flüchtlinge willkommen heißen, die unter anderen Umständen zumeist lieber in ihren Heimatländern geblieben wären. Diese Menschen sind auf der Flucht vor den dortigen Zuständen, sie wollen in Sicherheit leben. Wir empfangen sie herzlich in Pankow. Diese Haltung bedeutet nicht, die Augen vor Realitäten zu verschließen. Aber es bedeutet, den Menschen ohne Vorurteile entgegenzutreten. Und es bedeutet aktiv zu werden, damit auf Worte auch Taten folgen.

In Pankow sind Bürger diesen Schritt bereits gegangen. Der „Unter-



Flüchtlingsdemo am Oranienplatz

stützerkreis Flüchtlingsheim Mühlenstraße freut sich auf Menschen, die Interesse daran haben, den Flüchtlingen Unterstützung zukommen zu lassen. Der Kreis trifft sich an jedem 1. und 3. Montag im Monat ab 18 Uhr im Stadtteilzentrum Pankow in der Schönholzer Straße 10, Tel. 499 87 090 00, familienzentrum@stz-pankow.de. Jeder ist mit seinen Ideen willkommen.

Außerdem können sich Interessierte und Anwohner unter Tel.: 0157-77574689 beim Wohnheimbetreiber anmelden, die Sprechstunden finden vor Ort statt.



Ines Pohl
Bezirksverordnete

Wahlkreisbüro Stefan Liebich

Breite Straße 11 A
13187 Berlin-Pankow
(gegenüber der Alten Pfarrkirche)
Ansprechpartnerin: Gabi Kuttner
stefan.liebich@wk.bundestag.de
Tel.: 030.499 87 408



Kurz aus dem Kiez

> Solidarität

Die BVV beschloss einstimmig eine Resolution, mit der die Kommunalpolitik ihre Solidarität mit Schutzsuchenden aus Kriegs- und Krisengebieten in Pankow erklärt. Im Dezember wird eine neue Flüchtlingsunterkunft in Pankow eröffnet.

> „Peter Edel“

Die Berliner Schule für Schauspiel wird nicht in das frühere Kulturhaus „Peter Edel“ einziehen. Der vom Bezirksamt

Kurz aus dem Kiez

mit der gemeinnützigen Gesellschaft GSE ausgehandelte unterschäftsreife Pachtvertrag ruht derzeit, hat aber weiter Bestand. Ziel ist es, ein Konzept für eine kulturelle Nutzung zu entwickeln.

> Pappelallee

Die Pappelallee im Prenzlauer Berg wird in den kommenden zwei Jahren umgestaltet. Die Allee bekommt neue Bürgersteige, einen Radweg, behindertengerecht abgesenkte Bordsteige und Parktaschen. Hierfür müssen Bäume

Kurz aus dem Kiez

gefällt werden. Ein planungsbegleitendes Verfahren zur Beteiligung der Anlieger läuft derzeit.

> Wanderausstellung

Die Wanderausstellung „Verraten und Verkauft - Jüdische Unternehmen in Berlin 1933-45“ zeigt die Ausgrenzungsprozesse und Überlebensstrategien kleinerer und mittlerer Gewerbeunternehmen, u.a. auch mit Beispielen aus Prenzlauer Berg und Weißensee. Die Ausstellung ist bis 5. Januar 2014 zu sehen im Museum Pankow, Prenzlauer Allee 227.

Unter schlechten Sternen

> BVV-Sonderausschuss zum Belforter Karree

Die Kapitulation der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) vor den Einschüchternungen des Investors, der an der Belforter Straße die letzten Zeugnisse des DDR-Wohnungsbaus im Prenzlauer Berg vernichten und durch Aufwertung die Mieter vertreiben will, hat nun auch für die BVV Folgen. Auf Antrag der Fraktion



Die Wohnanlage zwischen Metzger und Belforter Straße soll teilweise einem Luxusneubaublock weichen.

Bündnis 90/Die Grünen wurde ein Sonderausschuss eingesetzt, der klären soll, wie es dazu kommen konnte. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, ob es in diesem Zusammenhang falsche Entscheidungen des zuständigen Amtes oder auch der BVV gegeben hat, aber auch die bisherige Praxis der BVV beim Erlass von Erhaltungsverordnungen soll überprüft werden.

Selbst wenn die Bewohner des Belforter Karrees davon nichts mehr haben werden und es ein wenig nach Reden-über-verschüttete-Milch klingt, ist solch eine Selbstbefragung eigenen Handelns immer zu begrüßen. Im Prinzip.

Von der Abstimmung über die Bildung des Ausschusses wurde der Verordnete Michail Nelken ausgeschlossen. Ein von der Vorsteherin eingeholtes Gutachten des bezirklichen Rechtsamtes bescheinigte ihm als seinerzeitig verantwort-

lichen Stadtrat Befangenheit. Das ist eine quasi amtliche Vorverurteilung. Dass Nelken selbst die Einrichtung eines solchen Sonderausschusses stets unterstützte, spielte keine Rolle.

Damit hatte das Absurde aber noch kein Ende: Nun wollten die Piraten, wiederum vom bezirklichen Rechtsamt, geprüft haben, ob die Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses der letzten Wahlperiode, die auch heute in der BVV sitzen, Mitglieder dieses Sonderausschusses werden dürften. Die Konsequenz, dass damit auch der Bildungsbeschluss mindestens angreifbar gewesen wäre, war den Piraten nicht bewusst. Um nicht in Kollision mit seiner vorherigen Stellungnahme im "Fall" Nelken zu geraten, musste das Rechtsamt einige Pirouetten drehen, um die Piraten-Frage mit "Nein" zu beantworten.

Zusätzlich muss man sich vor Augen halten, dass das Handeln eben dieses Rechtsamtes in den Vorgängen um das Belforter Karree selbst Gegenstand der Untersuchungen des Ausschusses werden wird – schließlich hatte dieses Rechtsamt die Bezirksverordneten zur Annahme eines Vergleiches mit dem Investor gedrängt.

Die Gemisch aus Vorverurteilung und absurdem Theater gilt, genau betrachtet, jedoch der Gründung eines zahnlosen Tigers. Der Sonderausschuss wird kein parlamentarischer Untersuchungsausschuss mit den dazugehörigen Rechten sein – das lässt das Bezirksverwaltungsgesetz nicht zu. Er kann niemanden zur Aussage zwingen und folgenlos belogen werden, es können ihm Akten vorenthalten werden, er heißt aus gutem Grund ja nicht mal so. Das alles ist offenbar



aus dem Blick geraten. Schlechte Voraussetzung für eine wirkliche, vorurteilsfreie Klärung der Vorgänge.

Wolfram Kempe
Bezirksverordneter

Pankower Register

> Rechte Aktivitäten im Bundestagswahlkampf

Verzeichnete das Pankower Register am 31. Mai diesen Jahres noch 53 Vorfälle, stieg die Anzahl bis Ende September drastisch auf 123 an. Dies ist zurückzuführen auf die Wahlkampfaktivitäten der NPD und die Reaktivierung des NPD Kreisverbandes Pankow seit Ende Juli. Einher geht hiermit ein signifikanter Anstieg des Tatmotivs Rassismus durch die Verteilung des



antiziganistischen NPD-Flyers „Geld für Oma statt für Sinti und Roma“. Ebenfalls in den Zeitraum August und September fällt die Bekanntmachung der neu entstehenden Flüchtlingsunterkunft in Alt-Pankow. Hier begann die NPD Pankow von Anfang an, gegen die Einrichtung rassistisch zu hetzen.

Als Vorfall mit besonderer Schwere ist das Abhängen von Wahlplakaten aller demokratischen Parteien in der Nacht von 12. auf den 13. August im Ortsteil Buch zu nennen. Hängen blieben nur die Plakate der NPD. Die Republikaner traten ein- bis zweimal in Erscheinung, die Parteien Die Rechte und pro Deutschland überhaupt nicht.

Im August kam es ebenfalls zu drei antisemitischen Schmierereien, u.a. mit dem Slogan „Scheiß Juden!“ an der Fassade der Kunsthalle am Hamburger Platz. Besonders erschütternd ist ein behindertenfeindlicher Angriff in Pankow, bei dem ein Mensch mit eingeschränkter Sehfähigkeit vom Gehweg geschubst und verbal bedroht wurde.

[moskito] Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus – für Vielfalt und Demokratie

Vorfälle melden unter
moskito@pfefferwerk.de

Malen nach Zahlen

> Doppelhaushalt 2014/15 verabschiedet

Scheinbar ohne Anstrengungen verabschiedeten die Bezirksverordneten in Pankow ihren Entwurf für den Doppelhaushalt 2014/15. Dabei blieben sie beinahe unter sich. Anders, als in Vorjahren, fanden die Haushaltsberatungen weitgehend ohne Beachtung der Öffentlichkeit statt. Sicher nicht unbeeinflusst vom diesjährigen Wahlkampf schien beinahe Großzügigkeit ausgebrochen. Der zwar weitgehend intransparente Eckwertebeschluss des Bezirksamtes zur Aufstellung des Plans hatte im ersten Schritt aber immerhin keinen Strukturabbau, keine Schließungen, keine Streichung von Angeboten und Leistungen vorgegeben. So wunderte es nicht, dass in

Und noch ein Novum: Nach jahrelanger Reduzierung stockte Jugendstadträtin Christine Keil (LINKE) in ihrem Etatvorschlag die Zuwendungen an freie Träger auf, um die Preis- und Tarifentwicklung der letzten Jahre wenigstens etwas auszugleichen.

Dieses gute Beispiel nahmen die Bezirksverordneten gern auf und forderten, letztlich erfolgreich, dies auch bei Zuwendungen an freie Träger im Sozialbereich und an Gleichstellungsprojekte zu tun. Mit einer Ansatzserhöhung um eine Viertelmillion Euro wird es hoffentlich gelingen, die bisherige Spirale der Angebotsreduzierung wegen der tarifgebunden Entlohnung zu durchbrechen und die



Volkshochschule und Musikschule Béla Bartók in der Bizetstraße 27

diesem Jahr weder Demonstrationen noch Kundgebungen die Ausschüsse und das Plenum der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) erreichten. Pankow hat im strukturellen Abbau offensichtlich längst den Tiefpunkt der Talsohle erreicht, wenn nicht gar durchschritten. Nun stöhnen die anderen Bezirke unter den Personalabbauforderungen des Landes. In Pankow hingegen können nicht nur frei werdende Stellen wieder besetzt, sondern sogar neue Stellen geschaffen werden.

oft Vollzeittätigen bei freien Trägern nicht weiter in Teilzeitverträge zu zwingen. Im Bereich Soziales und für Migrantinnen (auf Antrag der LINKEN) werden sogar neue Projekte ermöglicht.

Wesentliche Änderungen erfuhr der Entwurf des Bezirksamtes vor allem bei den Ausstattungen für die Schulen, deren Etats um über eine halbe Million aufgestockt werden sollen, und der Bereich Kultur und Weiterbildung mit zusätzlich fast 350.000 Euro für Honorare und Ver-



Musikschule am Schloßpark

anstaltungsmittel, besonders aber für eine auskömmliche Ausstattung des Medienetats der Bibliotheken.

Schließlich fügten die Bezirksverordneten dem Haushaltsentwurf mit ihren Änderungen Einnahmen und Ausgaben von über 1,3 Millionen Euro hinzu. So erwartet Pankow nun einen Haushalt in Höhe von 757 Millionen Euro im Jahr 2014 und 780 Millionen im Jahr 2015.

Das alles kann jedoch nicht über die erheblichen Brüche hinwegtäuschen, die noch lange aus dem vorhergehenden Haushalt nachwirken: Schwer lastet die von rot-grün beschlossene Verpflichtung, den Standort Fröbelstraße auf- und die Kulturrimmobilie Thälmannpark abzugeben. Überspannte Erwartungen gibt es an Erlöse aus Grundstücksverkäufen. Und schließlich bleiben Investitionen aus, so lange Pankow ein Konsolidierungskonzept zu bedienen hat, das einen Verlustvortrag von immer noch 19,8 Millionen Euro abbauen soll.

So bleibt zunächst abzuwarten, was die Nachschau des Finanzsenators und die Beratungen des Abgeordnetenhauses von Pankower Plänen übrig lassen. Ich bin gespannt.



Michael van der Meer
Bezirksverordneter

Unendliche Geschichte

➤ Schwimmhalle in der Thomas-Mann-Straße

Vor Jahren legte der rot-rote Senat ein Sonderprogramm zur Sanierung der Berliner Bäder im Umfang von 65 Millionen Euro auf. Auf der Liste stand auch die Schwimmhalle in der Thomas-Mann-Straße. Doch stets kam etwas dazwischen, zum Beispiel die Verteuerung eines anderen Sanierungsfalles. Plötzlich war kein Geld mehr da und das Bad wurde geschlossen.

2011 entschied das Abgeordnetenhaus, den Berliner Bäderbetrieben (BBB) erneut fünf Millionen Euro jährlich für Sanierungen zur Verfügung zu stellen – mit Priorität für die Thomas-Mann-Schwimmhalle. Im Frühjahr 2013 waren Presse und Gäste geladen, um dem Baubeginn an dem für den Kiez an der Greifswalder Straße so wichtigem Bad beizuwohnen.

Doch seitdem ruht still der See. Angeblich seien die Mittel für 2013 an anderen Stellen aufgebraucht wor-

den, so die offizielle Version. Halböffentlich verkündet der neue Bäderchef Ole Bested Hensing, dass er das Bad am liebsten abreißen will und ein Neubau rentabler als eine Sanierung sei.

Er vermutet am Festhalten an der Thomas-Mann-Schwimmhalle politische Absichten. Richtig erkannt, Herr Oberbademeister! Alle Parteien wollen diesen Standort erhalten. Damit Kinder im Unterricht Schwimmen lernen, Vereine wohnortnah trainieren können und Bürger/innen ihre Bahnen ziehen können.

Nun hat der BBB-Aufsichtsrat Herrn Bested Hensing zurückgepfiffen. Doch was das für die Sanierung der Schwimmhalle an der Thomas-



Schwimmhalle Thomas-Mann-Straße

Mann-Straße bedeutet, ist offen. Am Geld kann es nicht liegen. SPD und CDU machen in den derzeit laufenden Haushaltsberatungen 21 Millionen Euro für die Sanierung des Sommerbades im Olympiastadion locker. Wir als LINKE bleiben dran.



Dr. Gabriele Hiller
Mitglied des Abgeordnetenhauses

★ wann was wo ★ wann was wo ★ wann was wo ★ wann was wo ★

2. November • 10 Uhr 1. Tagung der 4. Hauptversammlung, zu Gast bei der BVV-Fraktion, BVV-Saal, Fröbelstraße 17, Haus 7, Nähe S-Bahnhof Prenzlauer Allee

4. November • 18 Uhr Fraktions-sitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer, Bezirksamt, Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109

14. November • 19:30 Uhr „Ernst Bloch und die DDR-Dissidenten der siebziger Jahre - Elemente seines utopischen Denkens bei Rudolf Bahro, Wolfgang Harich und Robert Havemann“, Diskussion und Vortrag, Helle Panke, Kopenhagener Straße 9

16. November • 10 Uhr „Die Eigentumsfrage heute“, Konferenz mit Christoph Lieber, Dr. Jürgen Leibiger, Daniela Dahn, Dr. Friederike Habermann, Benni Bärmann, Helle Panke, Kopenhagener Straße 9

18. November • 18 Uhr Fraktions-sitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer, Bezirksamt, Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109

20. November • 19:30 Uhr AG Schule und Sport im Fraktionszimmer, Bezirksamt, Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109

23. November • 10 Uhr 3. Tagung des 4. Landesparteitags, WISTA-Veranstaltungszentrum, Rudower Chaussee 17

2. Dezember • 18 Uhr Fraktions-sitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer, Bezirksamt, Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109

9. Dezember • 18 Uhr Fraktions-sitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer, Bezirksamt, Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109

11. Dezember • 17:30 Uhr 19. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow, Bezirksamt, Fröbelstraße 17, Haus 7, BVV-Saal



Stammtisch

➤ Ein Tag nach der Wahl

Es war gerade 9 Uhr am Montag, als wir unser Lager beim Eisernen Gustav aufschlugen. Da unsere Wirtin uns sehr gut kennt, brachte sie gleich Korn und Bier an den Tisch. „Geht auf's Haus, Glückwunsch zum guten Wahlergebnis. Ihr habt mit Sicherheit etwas mehr erwartet, aber der Kampf gegen die Linke war ja wie eine Einheitsfront.“ Ich bedankte mich artig und lud sie ein, bei uns am Tisch zu bleiben, was sie gerne tat. Manfred stieg ein: „Unsere Basisorganisation war großartig. Immer wieder besetzte sie die Stände und Klaus hat trotz seines hohen Alters mir beim Anbringen der Plakate um Mitternacht die Leiter gehalten.“

„Besonders an verkehrsreichen Kreuzungen haben wir die wichtigsten Blickpunkte sofort besetzt“, setzte Kurt

unsere uns lobende Berichterstattung fort. „Es ist mit Sicherheit das einheitliche Wirken der Parteiführung und die Geschlossenheit des Wahlkampfes, dass die 8,6 Prozent gesichert wurden.“ „Es gibt viele Gründe“, meinte Frau Wirtin. „Es war ja nicht nur Gysi allein, der bei Fernsehrunden ‚Einem allein gegen Alle‘ spielte und manch einen Sieg vermelden konnte. Ich habe auch DIE LINKE und den Stefan gewählt. Er sieht ja so schnecke aus.“ Dieter: „Ganz so begeistert bin ich nicht. Ich verstehe nicht, warum wir uns bei der SPD anbiedern. Die große Koalition wurde durch die SPD über Jahre vorbereitet. In Erfurt, im Saarland, in Sachsen-Anhalt wurde ein Zusammengehen mit uns doch verhindert. Langsam glaube ich, es wäre besser, sich mit Mutti an einen Tisch zu setzen.“ Die Vorstellung daran löste Heiterkeit aus. Der Heimweg war beschwingt und kurvenreich.

Klaus Flemming

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.
Bezirksvorstand Berlin Pankow
Fennstraße 2, 13347 Berlin
Fon 44 01 77 80 / Fax 44 01 77 81

www.die-linke-pankow.de
redaktion@die-linke-pankow.de

V.i.S.d.P.: Katina Schubert

Redaktionsschluß: 10. Oktober 2013
Satz+Druck: Bunter Hund, Berlin
Auflage: 5.500

Die nächste Ausgabe der extraDrei erscheint am 25. November 2013.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig bearbeitet.

Fotos: Fabian Wolf, Jens Dähnel, Sandra Brunner, MdB Büro Stefan Liebich, Michael van der Meer, Katina Schubert

Die **extraDrei** braucht Spenden!

Empfänger: DIE LINKE Berlin

Konto-Nr.: 43 84 81 68 00

BLZ: 100 200 00

Verwendungszweck: 810-505

SUDOKU

leicht

Vitamine für's Gehirn

mittel

				5			3	
						5		
3			7				2	
		7	8	3	5			4
					7			
9	2	5	1	4			8	
	7	3		1			5	
8	1				3			2
5		6	2					3

				2				
		2			8	6	7	
5				9	6			8
		1						5
4			5					
7		3	6					2
1						2		
2		7				1		
9			3	1		8		7

Jedes SUDOKU-Spielfeld besteht aus neun Quadraten, die jeweils in neun Felder eingeteilt sind. Insgesamt also 81 Kästchen, in die die Ziffern von eins bis neun einzutragen sind. In jeder Zeile und in jeder Spalte sowie in jedem Quadrat, einschließlich der vorgegebenen Zahlen, dürfen die Zahlen 1 bis 9 nur einmal vorkommen.